Hanning Voigts**\***

**Ex-Abgeordnete kritisieren Faeser**

Drei ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete schreiben offenen Brief zum EU-Asylkompromiss

**FRANKFURT/M, 12. Juni 2023**: Im Streit um die grundsätzliche Einigung der EU-Staaten auf Verschärfungen im europäischen Asylsystem ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auch paarteiintern in die Kritik geraten. Die drei ehemaligen hessischen Landtagsabgeordneten Gerhard Merz, Ernst-Ewald Roth und Corrado Di Benedetto haben Faeser, die auch SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 8. Oktober ist, bereits kurz vor der Einigung der EU-Innenminister und -ministerinnen einen offenen Brief geschrieben, in dem sie den nun von Faeser mitgetragenen Kurz in scharfen Worten kritisieren.

Der Kompromiss widerspreche asylpolitisch alle, „as wir als SPD-Landtagsfraktion gerade auch mit Deiner Unterstützung vertreten haben“, schreiben die drei SPD-Politiker in dem Brief, der der Frankfurter Rundschau vorliegt. Unter den nun beschlossenen Maßnahmen befänden sich viele, „die wir – und wenn wir uns recht erinnern auch Du – immer abgelehnt haben“. Der neue asylpolitische Kurs der EU-Staaten sei ein Fehler, **die Bundesrepublik müsse „ein Hort für Schutzsuchende aus aller Welt bleiben**“.

Merz, Roth und Di Benedetto warenüber Jahre Abgeordnete im Hessischen Landtag und in der SPD-Fraktion auch für Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik verantwortlich gewesen. Merz hatte dem Landesparlament von 2008 bis 2018 angehört, der katholische Theologe und 2006 suspendierte Priester Roth ebenfalls. Corrado Di Benedetto, der lange Jahre im Landesausländerbeirat aktiv war, hatte für die SPD von 2013 bis 2018 im Landtag gesessen.

Der nun beschlossene Kompromiss stelle eine „Gefährdung der Menschenrechte von Asylsuchenden“ dar und sei „**zutiefst inhuman**“, heißt es in dem Brief an Faeser weiter. Das gelte insbesondere für die geplanten Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen und die Internierung von Geflüchteten, auch von Familien mit Kindern, in geschlossenen Aufnahmelagern.

**Schlechter Zugang zu fairen Verfahren befürchtet**

Dass bei Menschen aus Ländern, aus denen weniger als 20 Prozent der Asylsuchenden anerkannt würden, die Schutzbedürftigkeit nicht mehr individuell geprüft werden solle, verstoße gegen deren Rechte, so Merz, Roth und Di Benedetto. Weiter schreiben sie, „die rechtliche wie räumliche Ausweisung von Verfahren an die Peripherie sowie die Konzentration von Geflüchteten und deren Verfahren in Lagern führt naturgemäß zu einer faktischen **Entrechtung**“, weil Rechtsberatung so kaum zu gewährleisten sei.

Auch die geplante Ausweitung des Konzepts der „sicheren Drittstaaten“ sei abzulehnen, weil es der Genfer Flüchtlingskonvention widerspreche und beispielsweise die als sicher geltende Türkei nach Syrien und Afghanistan abschiebe. Die Belastung im deutschen Asylsystem habe zudem nicht mit Geflüchteten aus Syrien oder Afghanistan, sondern mit Hunderttausenden Menschen zu tun, die vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geflohen seien.

Die EU-Staaten hatten sich am Donnerstag auf eine Reform im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) geeinigt. Der Kompromiss sieht vor, as „sicheren Drittstaaten“ eingereiste Flüchtlinge oder solche aus Ländern mit geringer Schutzquote **an den EU-Grenzen zu inhaftieren** und nur in einem Schnellverfahren zu prüfen, ob ihr Asylantrag Aussicht auf Erfolg hätte. Wenn nicht, sollen sie **sofort zurückgeschoben werden**. Der Deal muss noch mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden. Menschenrechtsorganisationen hatten den Kompromiss als Bruch mit den geltenden Menschenrechten kritisiert.

**\*Hanning Voigts**, Frankfurter Rundschau, 12. Juni 2023, Seite D8 [eigene Hervorhebungen]

**>>** [**OFFENER BRIEF \_ Bundeskanzler Olaf Scholz \_ Das Recht Flüchtender und Geflüchteter hierzulande und europaweit**](https://www.benkhumalo-seegelken.de/menschenrechte/5612-offener-brief-_-bundeskanzler-olaf-scholz-_-das-recht-fluechtender-und-gefluechteter-hierzulande-und-europaweit/)